

Herrn  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Mag. Wolfgang SOBOTKA  
 Parlament  
 1017 Wien

7. Dezember 2018

GZ. BMEIA-AT.90.13.03/0113-I.3/2018

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Alma Zadić, LL.M., Kolleginnen und Kollegen haben am 9. Oktober 2018 unter der Zl. 1865/J-NR/2018 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Besorgniserregender Umgang der ÖVP/FPÖ-Regierung mit JournalistInnen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

#### **Zu den Fragen 1 bis 4:**

Im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) werden, je nach Anwendung, folgende personenbezogenen Daten von Journalistinnen und Journalisten verarbeitet: Name, akademischer Grad, Standesbezeichnung, Geschlecht, Wohnadresse, berufliche Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Foto, dienstliche Stellung, Geburtsdatum, Geburtsort, Geburtsland, Staatsangehörigkeit, Lebenslauf, Reisedokument bzw. Personalausweis (Nummer, Ausstellungsbehörde und Gültigkeitsdatum), Presseausweis (Nummer, ausstellende Stelle), auftraggebendes Medium (mit Anschrift und Kontaktdaten), Akkreditiv des beauftragenden Mediums, Bankverbindung (IBAN und BIC), Kreditkartennummer, Ausmaß der Tätigkeit (haupt- oder nebenberuflich).

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung gemäß Artikel 6 der Datenschutz-Grundverordnung sind je nach Inhalt § 55 a Absatz 1 Sicherheitspolizeigesetz, BGBl. Nr. 566/1991, idgF, oder das Vorliegen einer Einwilligung der betroffenen Journalistinnen und Journalisten gemäß Artikel 7 DSGVO.

#### **Zu den Fragen 5 und 6:**

Nein.

#### **Zu Frage 7:**

Im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) findet im Zuge der Grundausbildung ein Medientraining statt. Auch die Leiterinnen und Leiter von österreichischen

- 2 -

Vertretungsbehörden im Ausland können ein Interviewtraining vor ihrer Versetzung absolvieren. Zudem gibt es im BMEIA Schulungen zum Umgang mit sozialen Medien.

**Zu den Fragen 8 bis 10:**

Ich verweise auf die Beantwortung der Anfrage ZI.1859/J-NR/2018 vom 9. Oktober 2018 durch den Herrn Bundeskanzler.

Dr. Karin Kneissl

